

Arbeiter-Zeitung

Verkaufpreis: In der Stadt mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, Besondere Preis: wöchentlich 0,80 M., monatlich 2,80 M., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,80 M., unter Streifenband 3,00 M. Auslagenpreis: Die sechspaltige Millimeterzeile ober deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf., Kellerräume Preis: Die dreispaltige Millimeterzeile ober deren Raum im Wert 70 Pf. — Schluss der Inseratenannahme in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreuzberg Str. 40, Tel. 240 89.
Postredaktion: Breslau 44, Reibstockstr. 11, Tel. 230 02.
Sprengel des Redaktionsbureau: 12-13, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr, Filialredaktionen:
Gleititz, Christl. 26, Tel. 4085; Oppeln, Wallstraße 11, Tel. 1504;
Grottkau, Kunz 6, Telefon 2384, Geschäftszeit von 8-10 Uhr, Verlags-
stand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Schiel, Postfach 111, 11
u. S. G., Breslau. — Druck: „Reinhold“ Berlin, Fil. Breslau, Kreuzberg Str. 40.

Der bolschewistische Parteitag an der Arbeit

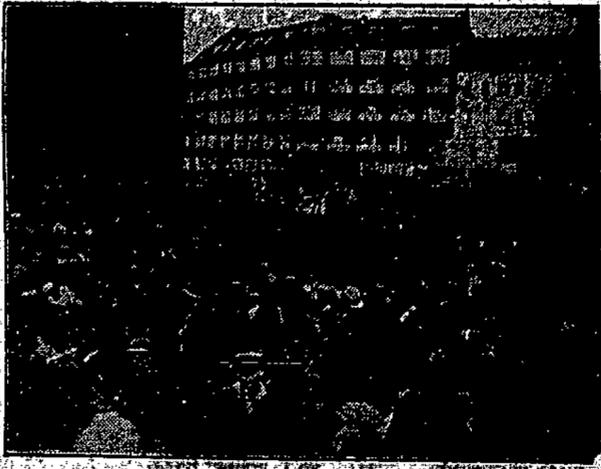
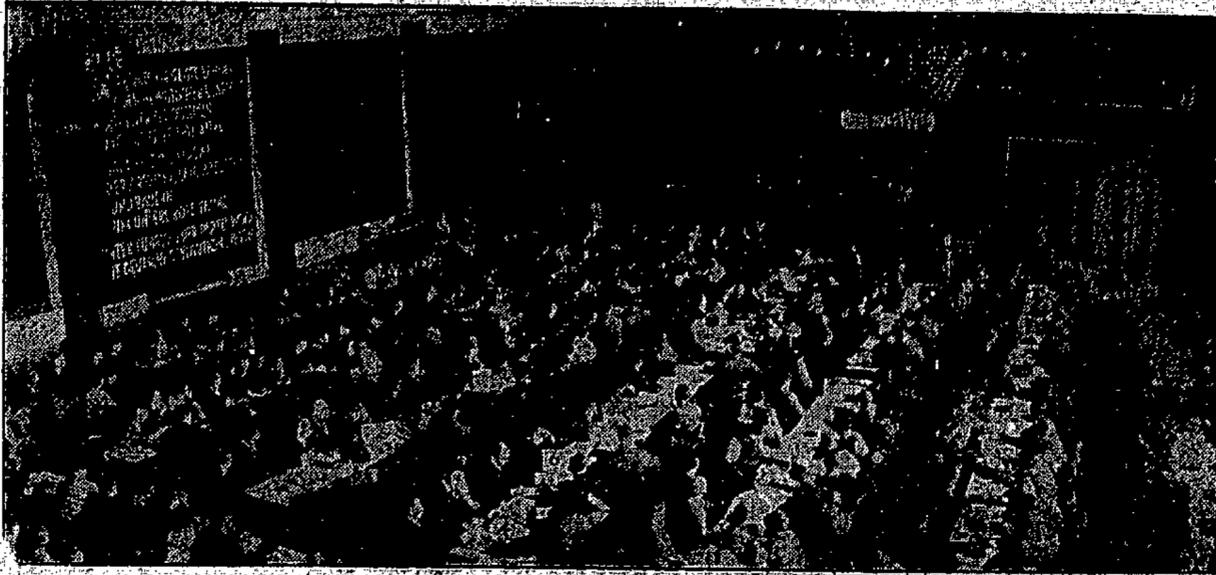


Bild in der Redaktion

Am Sammelplatz eines Stadtteils zur Sonntagskaffe

Thälmann zeichnet die Generallinie der Kommunistischen Partei

2. Verhandlungstag

Berlin, 10. Juni.

Der zweite Verhandlungstag des 12. Parteitages der KPD. wurde durch die Begrüßungsansprachen der Vertreter unserer Bruderparteien der Schweiz und Schweden eröffnet. Nach der Begrüßung durch die KPD. liest Genosse Federer in großer Zahl eingegangene Begrüßungstelegramme, u. a. von Besessenen der größten Betriebe aus dem Ruhrgebiet, vor. Genosse Federer gibt dann einen Überblick über die Zusammensetzung des Parteitagés, der den proletarischen Charakter unserer Partei in anschaulicher Weise zum Ausdruck bringt.

Die übergroße Mehrheit der Delegierten sind Arbeiter, von denen ein außerordentlich großer Prozentsatz in Großbetrieben beschäftigt ist. Von den Delegierten sind 30 Genossen nach jahrelanger Mitgliedschaft aus den Gewerkschaften ausgeschlossenen worden. Nur vier Genossen sind gewerkschaftlich nicht organisiert, davon zwei Hausfrauen und zwei dem Mittelstand angehörende Delegierte. Mehr als die Hälfte der Parteitagésdelegierten sind vor 1914 Mitglied der SPD. gewesen. Ueber die Hälfte hat schon für die Partei im Zuchthaus oder Gefängnis gesessen.

Unter allgemeiner Bewegung verliest dann Genosse Federer einen

Brief, den ein Teilnehmer des Magdeburger Parteitagés an den 12. Parteitag der KPD.

gerichtet hat. Den Inhalt des Briefes, der Mitteilung von einer geheimen Besprechung zwischen Wels, Börgiebel, Toni Sender, Aufhäuser, Soliman und anderen Sozialdemokraten in Magdeburg macht, werden wir morgen veröffentlichen.

Nach der Begrüßung durch die kommunistische Studentenfraktion und dem Roten Frauen- und Mädchenbund erteilte Genosse Federer dem

Genossen Thälmann

das Wort zu seinem Referat über „Die politische Lage und die Aufgaben der Partei.“ Der Vorsitzende der Partei wird bei seinem Eintritt in den Saal mit dem Gesang der Internationale empfangen.

In einem breit angelegten, durch gründliche umfassende Analyse durch proletarischen Internationalismus, revolutionären Kampfeifer und beharrliche Schriftkritik ausgezeichneten Referat nahm Genosse Thälmann zu den Grundlinien des Kampfes in der gegenwärtigen Periode vom Standpunkt der revolutionären Arbeiterpartei Stellung. Das Referat, dessen Inhalt wir an anderer Stelle unseres Blattes wiedergehen werden, gliedert sich in fünf Abschnitte und führt, ausgehend von den Beschlüssen des 4. Kongresses der KPD. und

des 6. Weltkongresses der kommunistischen Internationale auf der in diesen Beschlüssen geschaffenen Grundlage. In den einzelnen Abschnitten behandelt Genosse Thälmann folgende Themen:

1. Die internationale Lage und die Entwicklung der kommunistischen Internationale.
2. Die politische und wirtschaftliche Lage in Deutschland.
3. Die Rolle des Reformismus und seine Entwicklung zum Sozialfaschismus.

Eine bewußt herbeigeführte Pleite

Steuerfreie Reichsanleihe bringt nur 177,7 Millionen

Berlin, 11. Juni. Die Hilferding-Anleihe hat eine Pleite erlitten. In der Regierungspresse kommt der Regenschauer über das „unfreundliche Ergebnis“ voll zum Ausdruck. Statt des ursprünglich vorgesehenen Betrages von 500 Millionen Mark hatte man in Erwartung der Sabotage durch das Schwer- und Finanzkapital die Reichsanleihe schon auf 300 Millionen Mark herabgesetzt. Trotzdem sind nach amtlicher Mitteilung nur 177,7 Millionen gezeichnet worden, obwohl man die Zeichnungsfrist um acht Tage, bis zum Sonnabend, verlängert hatte. Wie die bürgerliche Presse hervorhebt, hat sich das mittlere und kleinere Kapital an der Zeichnung der Anleihe in erster Linie beteiligt, während das Großkapital, obwohl es daselbe der Gewinnanteil infolge der Steuerfreiheit viel stärker war, sich von der Zeichnung fernhielt. Diese Tatsache unterstreicht die bewußte Sabotage der Schwerindustrie und des Finanzkapitals, die bereits in den letzten Verhandlungen der Pariser Reparationskonferenz durch die Zurückziehung des Defizits in der Reichskasse zu beschaffen. Dem wird die Müller-Regierung bestimmt nachkommen.

Das 31. Opfer

Der Schlossermeister Lindau, der am 1. Mai, um 134 Uhr, in einem Fahrradgeschäft am Bülowplatz, in Berlin, durch die Ladentür hindurch angestossen wurde, ist im Berliner Kantenzug am Friedrichshagen am 8. Juni seinen Verletzungen erlegen. Der Tod wurde durch die Folgen eines Oberschenkelsturzes herbeigeführt.

4. Der Charakter der Massenopposition in Deutschland.
5. Die Politik der Partei und die innerparteiliche Lage.
6. Die Kampfschlüsse, die Perspektive der weiteren Ausweitung und die hauptsächlichsten Aufgaben der Partei.

Das Referat des Genossen Thälmann wurde vom Parteitag mit langanhaltendem Beifall aufgenommen. Darauf wird noch das Referat über die Aufgaben der kommunistischen Jugendverbände vom Parteitag entgegen-

Nach der Nachmittagspause, vor Beginn der Fortsetzung des Referats des Genossen Thälmann, teilt Genosse Federer dem Parteitag den Beschluß der früheren SPD-Ortsgruppe in der Eifel mit, die auf Grund einer Diskussion über den Magdeburger Parteitag beschlossen hat,

aus der SPD. auszutreten und den Eintritt in die einzige Arbeiterpartei, in die KPD., zu vollziehen.

Lindau war an den Demonstrationen der Berliner Arbeiter völlig unbeteiligt und besand sich als harmloser Käufer in dem betreffenden Fahrradgeschäft.

Der m'halidte schwedische Ozeanflug

Nach Meldung aus Rejkiavik haben sich die schwedischen Ozeanflieger infolge Bruches des Benzinrohrs gegen Mittag nicht gezwungen gesehen, etwa 200 Kilometer östlich von Rejkiavik bei Staptaroz an der Südküste Islands notzulanden. Von Rejkiavik ist eine Hilfsexpedition zu den Fliegern abgegangen.

Müllerkabinett hat Sorgen

Berlin, 10. Juni. Die Reichsregierung beabsichtigt, anlässlich der Wiederkehr des Tages der Unterzeichnung des Versailleser Vertrages sich am 28. Juni mit einem großen Manifest an das deutsche Volk zu wenden.

Unfriede in Persien

London, 10. Juni. Ein Funkpruch aus Schiras in Persien teilt mit, daß die Stadt von aufständischen Stämmen so gut wie eingeschlossen ist. Innerhalb der Stadt sind Regierungstruppen zusammengedrängt. Truppenverstärkungen sind im Anmarsch.

Der Völkerbundsrat hat dem Antrag Dr. Stresemanns entsprochen und die deutsche Beschwerde über die Entgeignung des deutschen Grundbesitzes in Polen als dringlichen Fall auf die Tagesordnung der Ratstagung gesetzt.

Das neue englische Kabinett hat am Montag seine erste Sitzung abgehalten.

Die Textilbürokraten erklären:

Zur bedingungslosen Kapitulation bereit

Eine Pressebesprechung, zu der die „A.Z.“ nicht geladen wurde — Zertillkündige drohen Ausdehnung der Aussperrung an — Arbeiter, wählt Kampfleitungen!

Unter der Überschrift „Verbesserung der Schließens-Front“ bringt die „Textil-Zeitung“, das Organ der Textilunternehmer, die Meldung, daß der Arbeitgeberverband der Deutschen Textilindustrie in einer Sitzung beschloffen hat, die schließenden Textilunternehmer in ihrem „Existenzkampf“ weitgehend zu unterstützen.

Die schließenden Gewerkschaftsbürokraten geben ihre Absichten bekannt

Die Ansichten und Absichten der schließenden Bürokraten der drei Textilarbeiterverbände zu der Aussperrung wurden u. a. anlässlich einer von den Verbänden am Freitag voriger Woche organisierten Pressebesprechung zum Besten gegeben.

Auf der Pressebesprechung, von der wir aus dem oben geschilderten Umstände erst nachträglich aus anderen Blättern Kenntnis erhalten haben, schilderte der Gewerkschaftssekretär Niesliwki Berlin die Ursachen und den Stand der Aussperrung.

„Den Arbeitern ist (von den Gewerkschaftsführern) anempfohlen worden, auch trotz tariflosen Zustandes zu alten Löhnen weiterzuarbeiten. Dies wurde durch die katastrophale Aussperrung verhindert.“

Damit gab Niesliwki offen zu, daß das Ziel der Bürokraten nicht eine Erhöhung der Hungerlöhne ist, sondern lediglich ihre Beibehaltung.

Ebenso bezeichnend ist auch die Art, in der die sozialdemokratischen Blätter Schließens den Bericht von der Pressekonferenz aufmachen.

„Man darf nicht dauernd nur die Not der Industrie betonen und dabei die Not der Arbeiterschaft vergessen. Die Löhne der schließenden Textilarbeiter sind auf die Dauer unhaltbar.“

Die „Bergwacht“ wiederholt also die von den Unternehmern aufgestellte Behauptung, daß die Industrie Not leidet. Wenn sie gleichzeitig auch die Tatsache der bestehenden Hungerlöhne nicht abstreiten kann, so vermeidet sie es doch bewußt, die Textilarbeiter zum Kampf für Lohn- und Lebenserhöhung aufzufordern.

Die „Bergwacht“ schließt den Artikel mit der Aufforderung: „Mögen sie (die Textilarbeiter) diesen Kampf bejahren, aber hart und entschlossen zum erfolgreichen Ende führen.“

Wie der „Besonnenen“ Kampf in Wirklichkeit aussieht, zeigen die vielen Meldungen über Streikbrecherarbeit, die von den reformistischen Kampfleitungen als „Notstandsarbeit“ in vielen Betrieben genötigt wird.

„Textilarbeiter, folgt nicht den Parolen der revolutionären Gewerkschaftsopposition! Seid bereit, unter den alten Bedingungen wieder in den Betrieb zu gehen!“

Das Referat des Gewerkschaftssekretärs Niesliwki auf der Pressebesprechung und die darüber in der sozialdemokratischen Presse veröffentlichten Berichte zeigen eindeutig, welche große Gefahr den schließenden Textilarbeitern droht.

Lohnerhöhung und 30prozentige Ausbesserung des Einkommens zu arbeiten. Das zynische Eingeständnis des Niesliwki über die Aufforderung an die Arbeiter seitens der Gewerkschaftsbürokraten, zu den alten Bedingungen weiterzuarbeiten, zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die Gewerkschaftsbürokraten nicht die Führer in diesem Kampfe sein können.

Todesurteil gegen 70 Sowjetrußen bevorstehend

Schanktafel soll im Auftrage der Imperialisten einen Krieg mit der Sowjetunion provozieren

Schanghai, 8. Juni. Wie aus Chardin gemeldet wird, erklärte der Generalstaatsanwalt beim chinesischen Obersten Gericht in einer Unterredung, die Angelegenheit der im sowjetrussischen Generalkonsulat verhafteten Personen solle unter das im Jahre 1928 in Kraft getretene Strafgesetz, das den Urhebern kommunistischer Verschwörungen gegen die chinesische Revolution die Todesstrafe zuerkennt.

Das besagt nicht weniger, als daß die 70 im Sowjet-Generalkonsulat in Chardin verhafteten Russen zum Tode verurteilt werden sollen.

Der politische Sinn dieser ungeheuerlichen Maßnahme ist klar: Im Auftrage der Imperialisten soll die chinesische Regierung die Sowjetunion zum Kriege provozieren.

Für das internationale Proletariat ist höchste Wachsamkeit geboten! Die Zeichen stehen auf Sturm!

Überheiten über „verschuldeten“ RFB.

Der „Sozialistische Pressedienst“ läßt wieder einmal eine Äußerung: „Der RFB wäre durch das Verbot vor dem Bekenntnis des finanziellen Bankrotts gerettet worden.“

Diese alberne Notiz ist bezeichnend. Jetzt verstehen wir, warum Grzesinski seinen Geheimrat zur schärfsten Verfolgung der RFB-Kameraden erließ, und gleichzeitig die Jagd auf Windjäden,

Die Führung muß in den Händen selbstgewählter Kampfleitungen liegen.

Textilarbeiter, schmettet die Einheitskampffront in den Betrieben! Schmetzt die Organisiererten mit den Unorganisiererten zu einem eisernen Einheitsblock zusammen! Unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition vorwärts!

Jörgiebels neuester Streich

Aus Berlin wird uns über einen neuen Schandstreich Jörgiebels folgendes berichtet: Die Rätche-Kollwitz-Schule in Neu-Lößnitz, ein von Sozialdemokraten geleitetes Lyzeum, wollte am 15. Mai unter Führung zweier Lehrkräfte eine Anzahl Schülerinnen nach Paris reisen lassen, um Land und Leute des „Erbes“ kennenzulernen.

Nichts kennzeichnet diesen Polizeiozialisten Jörgiebel ärger, als das Lob der nationalstolischen, altheutisch-darwinistischen Presse. Die „Deutsche Zeitung“ vom 8. Juni 1929 schreibt, nachdem sie Herrn Jörgiebels Maßnahme preist, u. a.: „Es ist bemerkenswert dabei, wie sich der Sozialist Jörgiebel gewandelt hat.“

Matteotti - Gastone Sozzi

Dem Gedenten zweier Opfer des Faschismus

Ihr könnt mich ermorden, aber nicht die Idee, die in mir lebt. (Die letzten Worte von Matteotti an seine Mörder.)

Gestern vor fünf Jahren, am 10. Juni 1924, wurde der sozialdemokratische Abgeordnete der italienischen Kammer, Giacomo Matteotti, auf offener Straße von Faschisten ermordet, als er zum Parlamentsgebäude fuhr, um dort eine Rede gegen den Faschismus zu halten.

Die Ermordung Matteottis fiel zeitlich zusammen mit der ersten schweren Krise des Faschismus. Ein Teil der Kleinbourgeoisie, die anfangs willenlos den Parolen des Faschismus gefolgt war, erkannte langsam an den konkreten Tatsachen, daß der Faschismus lediglich eine Diktatur des Großkapitals sei und geeignet, auch das Kleinbürgertum zu schädigen.

Durch diese innenpolitischen Schwierigkeiten wurde der Mord an Matteotti zum Signal einer breiten antifaschistischen Bewegung. Es gelang jedoch Mussolini bald, den liberal-reformistischen Teil der Opposition dadurch unschädlich zu machen, indem er ihm das Geheiß des „roten Terrors“ zeigte.

Allein im großen Prozeß gegen das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Italiens verurteilte das Sondertribunal 18 Angeklagte zu 400 Jahren Zuchthaus.

Mit raffinierten, unmenschlichen Folterungen versuchte man, und tut es heute noch, Mittelungen über geheime Arbeit der kommunistischen Organisationen zu erpressen.

Im Dezember 1927 wurde in Mailand das Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Italiens, Gastone Sozzi, verhaftet. Den Angehörigen wurde jede Auskunft verweigert. Bald wurde Sozzi von Mailand nach dem berüchtigten Gefängnis in Perugia gebracht.

Gastone Sozzi und Giacomo Matteotti sind einige der besten Bekannten in der langen Reihe der Opfer des Faschismus. Der Sozialdemokrat Matteotti, der Kommunist Sozzi, mahnen das internationale Proletariat, in geschlossener Front den Kampf gegen den Faschismus zu führen.

Verrat an den Bergarbeitern in Vorbereitung

Statt 1.50 Mf. nur 25 Pfg. Lohnzulage

Die Lohnbewegung der ober-schlesischen Bergarbeiter ist in ein entscheidendes Stadium getreten. Wie wir bereits am Sonnabend gemeldet haben, ist für den Steinkohlenbergbau ein Schieds-spruch gefällt worden. Dieser Spruch soll die neuen Löhne bis 31. Oktober 1930 festlegen. An Zulage bietet er den Bergarbeitern vier Prozent. Der durchschnittliche Schichtverdienst der Gesamtbelegschaften betrug im ober-schlesischen Steinkohlenbergbau im Dezember vergangenen Jahres 6,28 Mark und dürfte sich seitdem in gleicher Höhe bewegt haben. Eine vierprozentige Erhöhung des Durchschnittslohnes bedeutet genau eine

Zulage von 25 Pfennig pro Schicht
oder
beim Pfennig pro Stunde.

Belanntllich fordern die Bergarbeiter eine Zulage von 1,50 Mf. pro Mann und Schicht. Darüber hinaus streben sie bereits seit Jahren die Angleichung ihrer Löhne an die des Ruhrbergbaues an, wo die Schichtverdienste zurzeit etwa zwei Mark im Durchschnitt höher sind als in Oberschlesien.

Der vierprozentige Schieds-spruch mit der langen Vertragsdauer ist eine einzige Provokation und muß einmütig abgelehnt werden.

Die reformistischen und christlichen Gewerkschaftsbürokraten hatten belanntllich eine Forderung von 70 Pfennig aufgestellt. Trotz der Unzulänglichkeit dieser Forderung liegen die Gewerkschaftsbürokraten im engen Kreise der Forderung, daß sie sich mit einer Zulage von etwa 80 Pfennig zufriedengeben würden. Diese Tatsache zeigt die große Gefahr auf, in der sich die ober-schlesischen Kumpels zurzeit befinden.

Unweigerlich werden die Gewerkschaftsbürokraten, getreu der Koalitions-politik ihrer Minister, die Verbindlichkeits-erklärung des gefällten Schieds-spruches betreiben.

Kumpels, Alarm!

Nach nicht einer von euch darf auf den reformistisch-christlichen Verrat hereinfallen!

Lehnt den Lohnschieds-spruch einmütig ab!

Beschließt, auch einer eventuellen Verbindlichkeits-erklärung nicht zu unterwerfen!

Wählt auf jeder Schichtanlage eine Kampfleitung!

Vormärts, in geschlossener Einheitsfront unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition zum Kampf für die auf-gestellten Forderungen!

Um 1. Juli Mieterhöhung

Die bei den Stadtverordnungen neu festgesetzten erhöhten Steuer-sätze, die gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen wurden, wirkten sich schon aus. Wie üblich, werden die Steuern auf die breite Masse der Bevölkerung umgelegt. Die Hauspächter beschloßen in der letzten Monatsversammlung des Haus- und Grundbesitzervereins, auf Grund der Erhöhung der Grundvermögenssteuer, vom 1. Juli ab die gesetzlichen Miete um ein Prozent zu erhöhen.

Die Arbeiter müssen also wieder bezahlen. Das reaktionäre Stadtparlament in Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, beschließt nur, und geht gegen die Kommunisten, weil sie diesen Raubzug auf die Taschen der Arbeiterschaft nicht mitmachen, mit der Polizei vor. Arbeiter, merkt euch das bei den diesjährigen Gemeindevahlen.

Unterstützungszahlungen

Die nächste Zahlung der Zusatzrente zu den Versorgungsgebühren an die hierorts wohnenden empfangsberechtigten Kriegsbeschädigten und Kriegerehrenterlebenden für den Monat Juni 1929 erfolgt am Freitag, dem 14. Juni 1929, und zwar für die Buchstaben A bis L einschließlich von 8,30 bis 11 Uhr vormittags, und für die Buchstaben M bis Z einschließlich von 11 bis 14,30 Uhr im städtischen Wohlfahrtsamt, Poststraße 16, in der Parade.

Die Zahlung erfolgt nur an einem Tage, auch während der Mittagspause.

Rathbor

Drei Tote

Von den vierzehn Opfern bei dem schweren Unglück am Kummel-platz sind bis jetzt drei ihren Verletzungen erlegen. Polizei und Staatsanwaltschaft sind bemüht, einen Schuldigen zu finden. Der Betrieb des Karussells wurde eingestellt.

Neisse

Arbeitslose sollen vergiftet werden!

U. S. Trostlose Zustände herrschen immer noch am Neisser Arbeitsmarkt. Weit über 600 Arbeitslose pilgern jeden Tag den Weg zum Arbeitsamt und erhalten dort auf ihre Frage nach Arbeit immer zur Antwort: „Es ist keine Arbeit vorhanden.“ „Sie kommen noch nicht in Frage“ usw. Mit knurrendem Magen, mit den letzten Fetzen am Leibe, großem Bedarf an Nahrung, ziehen die Arbeitslosen wieder ab. Vom Bürgeramt werden sie auf Grund ihres Bedarfes noch verhöört und beschimpft. Von Seiten der Ausbeuter, die beschäftigten, aus dem Heer der Arbeitslosen billige Ausbeutungsbjekte zu ziehen, sich aber verrechneten, da die Arbeitslosen keine Streikbrecher und Lohnbrüder sind, wird noch besonders auf die Arbeitslosen geachtet. So erlaubt sich ein Bauerngutsbesitzer von der Märchengasse die Gemeinheit, zu sagen:

„Die Erwerbslosen sind nur wert, mit Frau und Kindern in einen großen Sad gestopft und dann mit Giftgas erledigt zu werden.“

Arbeitslose, sollt ihr euch immer und immer wieder von solchen Stroichen beschimpfen lassen? Ihr seid kein Feindbild für das Ausbeuterpad. Reht euch ein in die rote Kampffront und kämpft gegen diese Sorte von Menschen bis zu ihrer völligen Ausrottung.

Cosel

Bergung des gesunkenen Rahnes

Nachdem vor einigen Tagen der Bergungsdampfer der Reederei-firma Gaejar Wolheim in Cosel-Graben eingetroffen und die Bergungsarbeiten aufgenommen hat, ist die Arbeit zur Hebung des gesunkenen Rahnes rüstig vorwärts geschritten. Der größte Teil der Kohlenladung ist mittels Greifens bereits geborgen worden, so daß die Hebung des Fahrzeuges selbst mittels Spindelwinden bevorsteht.

Oppeln

Erfolgreiche Werbung für die Partei

Die Zelle Vorstadt hat am Freitag vergangener Woche eine öffentliche Werbeversammlung abgehalten. Der Besuch war nicht besonders, aber trotzdem konnten für die Partei sieben Aufnahmen gemacht werden. Aus der Versammlung heraus kam der Wunsch, öfter derartige öffentliche Zellenversammlungen abzuhalten.

Deutschnationaler Idiotismus

Herr Dr. Knaal, der Vorsteher von der Zeitung mit dem mageren Vogel, leistet sich wieder einmal ein Duzarenstückchen. Für seine Hehe zum Ueberfall auf die polnische Theateraufführung soll er vor den Kadi gezogen werden. Das ganze Ding wird natürlich, wie gegen deutschnationale Heher üblich, sehr harmlos sein. Die Deutschnationalen wollen in ihrer krankhaften Ueberheblichkeit eine Staatsaktion machen. Große Plakate mit der Ueberschrift „Oberschlesien in Gefahr“ wurden geklebt und fordern zu einer Protestversammlung auf. Herr Dr. Knaal, der kleine junge Mann der Deutschnationalen, wird da sprechen.

Ist das nicht schon mehr Idiotismus als die Polizei erlauben kann? Wenn noch mehr solcher Menschen herumlaufen würden, wäre es wirklich eine Gefahr für Oberschlesien.

Pflegekinder

Nach § 20 des Reichs-Jugendwohlfahrtsgesetzes bedarf derjenige, der ein Pflegekind aufnimmt, der vorherigen Erlaubnis des Jugend-amtes. Der Antrag kann schriftlich, in dringenden Fällen mündlich, beim Jugendamt der Stadt Oppeln, Masapaner Straße, Banden, gestellt werden. Der Antrag muß enthalten:

Vor- und Zunamen des Pflegekindes, Ort und Tag seiner Geburt, sein Bekenntnis, Namen, Stand und Wohnort seiner Eltern, bei unehelichen Kindern Namen und Stand und der Mutter, des Vormundes, endlich Namen, Stand und Bekenntnis der Pflegepersonen sowie genaue Angaben über ihre Wohnung.

Steht von vornherein fest, daß ein Kind unentgeltlich oder nicht gewerbsmäßig in vorübergehende Bewahrung genommen wird, so genügt die Anmeldung beim Jugendamt. Alle früher erteilten Erlaubnis-scheine sind ungültig geworden.

Gaß!

Sonntag, den 16. Juni, um 16 und 20 Uhr, treten in Oppeln im alten Schützenhaus das erstmal die in Oberschlesien mit großem Erfolg tätigen

„Roten Bergknappen“

auf. Arbeiter, besucht zahlreich diese Veranstaltung!

Schwindler gegen Schwindel

In drei Wochen ist hier beabsichtigt, einen großen Kummel gegen die Kriegsschuldlinge abzuhalten. Mit Musik und anderem Lamtam soll derselbe auf dem Wilhelmplatz am 29. Juni stattfinden. Damit denken einige Drahtzieher, das Volk über die wahren Ursachen des Weltmordens hinwegzuläutchen und wieder zum neuen Krieg zu führen.

Oppositionelle Eisenbahner-Konferenz in Oppeln

Am Sonntag fanden sich in Oppeln die oppositionellen Eisenbahnerfunktionäre zu einer Konferenz zusammen. Aus fast allen größeren Dienststellen Oberschlesiens und einigen Dienststellen Schlesiens waren die oppositionellen Kollegen erschienen. Partei-lose und Kommunisten, ein großer Teil noch im Einheitsverband organisiert, ein Teil ausgeschlossener Kollegen, waren vertreten. Der Bezirksleiter des Einheitsverbandes, Blättermann, versuchte noch im letzten Moment die Konferenz zu sabotieren, jedoch vergebens.

Die Konferenz beschäftigte sich mit den Punkten: 1. Rückblick auf die Betriebsratswahlen und Vorbereitungen für die Klassenwahl; 2. Das „Eisenbahner-Gesetz“ als Waffe im Kampf gegen die Verwaltung; 3. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft und die Reparationskonferenz im Zusammenhang mit der Lohnbewegung. Die Diskussion, die von den Kollegen geführt wurde, war sehr ergebnisreich. Vor Eintritt in die Mittagspause wurde ein Telegramm an den 12. Reichs-partei-tag der SPD. einstimmig beschlossen und abgesandt. Anschließend an den dritten Punkt der Tagesordnung, zu dem das Mitglied des Hauptbetriebsrats, Genosse Senhrosch sprach, wurde folgender Bescheid einstimmig angenommen:

Die Eisenbahnerkollegen

Telegraphisch

Wochen und Monate sind die Eisenbahner wegen Erhöhung ihres Lohnes verzogen und verärgert worden. Ohne Rücksicht auf die unermesslich lange Arbeitszeit und den elenden Hungerlohn, haben die Verbände der Arbeitgemeinschaft eine Forderung von nur sechs Pfennig die Stunde aufgestellt.

Aber sie machten die ganze Zeit hindurch keine Anstalten, selbst die eigenen Forderungen nachdrücklich zu verteidigen. Im Gegenteil, sie haben durch ihre Haltung in Wort und Schrift den Interessen der Unternehmer Vorschub geleistet, den hartnäckigen Widerstand der Hauptverwaltung gestärkt und dem staatlichen Schlichter einen Schieds-spruch in den Mund gelegt, der für Euch, Kollegen, eine Provokation bedeutet.

Während Ihr in den Versammlungen und Sitzungen gefordert habt:

- Erhöhung des Stundenlohnes um 15 Pfennig,
- Abfassung der Dienstamtsvorschriften,
- Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes für das ganze Reich und
- Festlegung der achtstündigen Arbeitszeit,

haben die Verbände im Interesse der Verwaltung sich nur auf die Forderung von sechs Pfennig die Stunde beschränkt.

Scheffel, der Vorsitzende des Einheitsverbandes, sagt dazu in seinem Verbandsorgan vom 21. 4. 1929 wörtlich:

„Die Forderungen wurden auf das begehrenste Maß reduziert. Sechs Pfennig mehr pro Stunde, ohne jede Lebensforderung, dürfte genügend Zeugnis ablegen für Verunft und Mäßigung der Gewerkschaften. Selbst die so wichtige und im Interesse der Betriebsführung liegende Verkürzung der Arbeitszeit wurde zurückgestellt, um es der Reichsbahn nicht zu schwer zu machen.“

Der „Vorwärts“, das führende politische Organ der Freien Gewerkschaften, schrieb am 5. 4. 1929 u. a.:

„Sechs Pfennig werden gefordert. Könnte die Reichsbahnhauptverwaltung wirklich kein Gegenangebot von drei Pfennig machen? Kann sie diese drei Pfennig wirklich nicht tragen?“

Nach diesen Auslassungen mußte es kommen, daß ein Schieds-spruch vor uns liegt, der besagt, daß die Stundenlöhne im 1. Wirtschaftsgebiet um vier, in den anderen Gebieten um drei Pfennig erhöht werden. Von der Arbeitszeit und der Abschaffung der drei Wirtschaftsgebiete ist keine Spur. In den Flugblättern hat der Bezirksleiter des Einheitsverbandes sich das Maul gegen die Opposition gerissen. Er hat erklärt, daß der Einheitsverband für die Befreiung des 1. Wirtschaftsgebietes kämpft.

Jetzt, nach der Wahl, ist von diesem sogenannten Kampf keine Spur zu sehen. Jetzt haben reformistische, christliche und gelbe Gewerkschaftsführer vor dem Unternehmer gekniet und haben den elenden Schieds-spruch angenommen.

Scheffel und Blättermann haben also Dank für eure Stimme bei der letzten Betriebsratswahl eure Interessen mit Füßen getreten. Sie stehen bei Dornmüller, beim Arbeitsminister Wiffel und dem kapitalistischen Staat.

Der elende Schieds-spruch ist um so ungeheurer, als er bis zum 31. Mai 1931 Gültigkeit haben soll. Zwei Jahre lang wollen Euch die sozialdemokratische Regierung und die Verbändebürokratie an den Schand-spruch fesseln. Eure elende Lage soll verewigt werden.

Nach auf dem letzten Verbandstag des Einheitsverbandes in

Frankfurt a. M. am 18. Juni 1928 hat Scheffel in seinem Referat gesagt:

„Wir sind also nicht grundsätzlich gegen die Schlichtungsordnung, wir wenden uns aber gegen jeden Mißbrauch derselben, gegen eine falsche Anwendung, gegen Parteilichkeit, gegen lange Bindung, gegen die Knebelung der Gewerkschaften, dagegen, daß man den Gewerkschaften die Möglichkeit des Kampfes überhaupt nimmt.“

So sieht also das Doppelgesicht der Verbändebürokratie aus. Zu den Kollegen gewandt in den radikalsten Tönen — gegen die Verwaltung freundlich, luschend, und die Interessen von Euch mit Füßen getreten.

Kollegen! Ihr müßt diesen Verrat, diese Doppelrolle erkennen. Ihr müßt diesen „Führern“ die richtige Antwort geben.

Lehnt den Schand-spruch ab und organisiert den Kampf um eure Forderungen!

Lehnt in Belegschafts- und Gewerkschaftsversammlungen Stellung. Bildet Kampfleitungen in den Betrieben.

Organisiert die Opposition in der Gewerkschaft und jagt diese Sorte von Führern davon. Sie stehen im Lager der Kapitalisten und haben bei der Klasse der Ausgebeuteten keinen Platz mehr. Schafft und stärkt die rote Klassenfront und kämpft

- für ein menschenwürdiges Dasein,
- gegen die Ausbeutung und Vereinerlichung,
- gegen die Dornmüller und Dames-Unternehmer,
- gegen die Koalitionsregierung und deren Schlichter,
- gegen die reformistischen Lakaien.

Die Kollegen der Opposition in den Gewerkschaften sind heute zu einer Konferenz verammelt und rufen Euch, Kollegen im Bezirk, auf, mit ihnen gemeinsam diesen Kampf aufzunehmen.

Oppeln, den 16. Juni 1929.

Bezirkskonferenz der oppositionellen Eisenbahner im Bezirk OS.“

Gleiwitz

Mühlenbrand

Sonntag früh brach in der Mühle der Firma Z u s e l & Co., Breitswiger Straße 29/31, Feuer aus, dem die gesamten Mühlenanlagen zum Opfer fielen. Als die Feuerwehr eintraf, fand die Mühle bereits in hellen Flammen. Das Feuer, das im Mahlgängen- und Einfüllhause ausgebrochen war, griff so rasch um sich, daß nichts mehr zu retten war. Die gesamten maschinellen Einrichtungen sind vernichtet. Der Schaden wird auf 300 000 Mark geschätzt. Mehrere Feuerwehrleute zogen sich Verletzungen und Verbrennungen zu. Die Brandursache ist noch unbekannt.

Erwerbslosenkapital

Der Gleiwitzer Arbeitsmarkt hat infolge weiterer Beschäftigungsmöglichkeiten eine Besserung erfahren. Nach dem letzten Wochenbericht des Arbeitsamtes Gleiwitz konnte die Zahl der Erwerbslosen aber nur um 150 Personen verringert werden, so daß noch 3440 Arbeitslose zu verzeichnen sind. Es sind zurzeit 3122 männliche und 318 weibliche Arbeitslose vorgemerkt. Hiervon werden 1847 männliche und 230 weibliche von der Arbeitslosenfürsorge, 418 männliche und 4 weibliche von der Krüpfelfürsorge betreut und 594 mit Notstandsarbeiten beschäftigt.

Hindenburg

Öffentliche Quittung

An der Unterstützung der Berliner Maiopfer durch Sammlungen der Roten Hilfe haben sich weiterhin beteiligt:

| | |
|---|-----------|
| Belegschaft der Firma Silber, Hindenburg, | |
| zurzeit Vertriebsleiter, mit | 20,50 Mf. |
| Ortsgruppe Pätzsch mit | 38,— Mf. |
| Ortsgruppe Arensburg mit | 8,— Mf. |
| Ortsgruppe Dobref mit | 25,— Mf. |

Genossen, sorgt für einen guten Abschluß der Sammelaktion zum 30. Juni 1929. Wir hoffen, daß sich noch alle Ortsgruppen, Belegschaften und Genossen an der Unterstützung der Maiopfer beteiligen. Für die bis jetzt eingelaufenen Sammelergebnisse sprechen wir im Namen der Maiopfer den besten proletarischen Dank aus.

Rote Hilfe, Bezirk Oberschlesien.

Breslau, 11. Juni.

„Generaler“ macht Arbeiter brotlos

Vorige Woche fand vor dem Schöffengericht eine Verhandlung gegen zwei Arbeiter statt. Wer es war und um was es ging, tut nicht zur Sache. Die Dinge lagen jedenfalls so, daß selbst der Gerichtsvorsteher die anwesenden Pressevertreter ersuchte, im Interesse des Weiterkommens der Angeklagten ihre Namen in eventuellen Berichten nicht zu nennen. Der Vertreter des „Generals“ versprach das den Angeklagten sogar persönlich. Um so unbedeutender war es, daß am nächsten Tage ein Bericht mit voller Namensnennung erschien. Die Folge war, daß der eine Arbeiter, der nach langem Bemühen endlich Arbeit gefunden hatte und in diesen Tagen gerade seine neue Stelle antreten sollte, nicht angenommen wurde. Der betreffende Unternehmer schickte sich auf den Bericht des „Generals“ und lehnte es ab, „Verbrechern“ Arbeit zu geben. Ein Musterbeispiel unverantwortlicher, nur auf Sensation eingestellter Berichterstattung. Derjenige, der durch sie seine Arbeit verlor, ist vom „Generaler“ kurtiert. Wann werden es auch die anderen Arbeiter sein?

Fritz Walter Bischoff, der neue Rundfunkintendant

Die „Schlesische Rundfunk“ teilt mit: Fritz Walter Bischoff, der bisherige künstlerisch-literarische Leiter der schlesischen Sender, wurde zum Intendanten der Schlesischen Rundfunk ernannt, unter gleichzeitiger Berufung in den Vorstand der Gesellschaft. Der neue Intendant übernimmt die künstlerische Gesamtleitung. Es ist eines der Uebel des Rundfunks, seine Ernsthaftigkeit und künstlerische Bewusstheit durch die Übernahme von Titeln aus dem Theaterleben usw. bemerken zu wollen. Wichtiger wäre es, den Rundfunk wirklich zur Kunst des Volkes zu machen. Aber dazu gehören andere Zeiten und auch andere Leute. Gewiß, Herr Bischoff ist unter den heutigen Rundfunkleitern sicher einer der Begabtesten, einer, der aus Eigenem schafft. Sein großer Fehler — er hat, soweit uns bekannt, in weltanschaulicher Hinsicht, einst bessere Tage gehabt — ist, daß er weder kalt noch warm ist. Vorsichtig, übervorsichtig labiert er zwischen Ansätzen zu einem wenigstens kulturell „linken“ Rundfunk durch die Falschheit, das hierbei ausschließlich Sozialdemokraten zu Wort kommen, eine mehr als traurige Angelegenheit und Nebenwirkung der Kulturreaktion. Wir wollen die Fesseln, die ihm durch die Bestimmungen angelegt sind, gewiß nicht übersehen. Aber Bischoff sieht ja überhaupt nicht das Bedürfnis, freier zu arbeiten. Ihm genügt der jetzige Zustand, und das ist schlimm.

Kommunistische Anfrage an den Magistrat

Die kommunistischen Stadtverordneten haben folgende Anfrage eingebracht: Wann gebent der Magistrat den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 26. Oktober 1928 betreffend die Herabsetzung der Mieten in den Neubau- und Siedlungswohnungen der Siedlungsgesellschaft Breslau A.-G. durchzuführen?

Die Polizei ist machtlos

Trotzdem die Polizei Anweisung hat, nachts besonders scharf auf die ehemaligen Frontkämpfer zu achten, hat sie es nicht verhindern können, daß in den letzten Tagen in allen Stadtteilen an Häusern und Mauern geschrieben wurde: „Rot Front lebt!“ — An der Reichs-Dreher-Grabenstraße wurde außerdem noch eine Karikatur von Jörgel gemalt, die sich der besonderen Aufmerksamkeit der Vorübergehenden erfreut.

Parteiarbeiter

Wichtige Sitzung aller Stadtteilleiter, Agitprop-Leiter der Stadtteile und Betriebszellenleiter von Breslau Dienstag 19.30 Uhr pünktlich im Sekretariat, Feldstraße 50. Restloses Erscheinen unbedingt erforderlich.

Kommunistische Bauarbeiter und Sympathisierende!

Kommen am Mittwoch, dem 12. Juni, um 18 Uhr, ins Büro, Feldstraße 50. Wichtige Besprechung!

Neue Hilfe-Funktionäre

Heute Dienstag Gesamtfunktionärsitzung im „Bergkeller“, Kleischlaustraße.

Strassenunfälle. Am Montag um 12.35 Uhr wurde an der Strassenkreuzung Ring-Schweidnitzer Straße der 84-jährige Generalleutnant a. D. von Widdendorff von einem Personentransportwagen angefahren und verletzt. — Der Bauunternehmer Josef Machate fuhr am Montag gegen 13.30 Uhr mit einem Fahrrad die Taschenstraße entlang, als er an dem Grundstück Nr. 3 zu Fall kam. Er kam dabei unter einen Liebestuhlwagen der Linie 24 zu liegen, wobei er erhebliche Verletzungen davortrug. Achtung! Ueber die von uns bereits mitgeteilten Gehöhren-erhöhungen veröffentlicht der Magistrat im heutigen Inseratenteil eine Bekanntmachung.

Mittelschlesien

Die Ohlauer Oberbrücke ist für den schweren Fuhrwerksverkehr gesperrt

Der Bauzustand der Ohlauer Oberbrücke ist recht bedenklich geworden. Eine Sachkommission hat festgestellt, daß der eine Strompfeiler neue Risse erhalten hat, die für die Brücke mit ihrem starken Verkehr eine große Gefahr bedeuten. Es kommt nur ein Neubau der beiden Strompfeiler in Frage, der etwa 4 bis 5 Monate dauern wird. Die Brücke wird noch in dieser Woche für den gesamten Fuhrverkehr gesperrt. Diese Maßnahme ist für weite Teile Schlesiens von großer Bedeutung, da der Verkehr nach der rechten Oberseite dann nur noch über die Brücke in Brieg oder Breslau bzw. durch die Lindener Fähre möglich ist. Für den Postkraftautobus wird wahrscheinlich ein Wendelverkehr eingerichtet. Es ist noch gut, daß der im Wasser befindliche Sockelunterbau nicht erneuert werden muß. Die Ursache des schlechten Zustandes der Brücke ist in einem Baukonstruktionsfehler zu suchen, da sie erst vor 30 Jahren fertiggestellt wurde.

Ohlau. Wieder ein Jugendselfmord. Aus unbekannter Ursache warf sich der in der Laugmüher Mollerei beschäftigte erst 17-jährige Schmelzerlehrling Blüthner vor den nach Wansien fahrenden Zug. Es wurde ihm der Kopf vom Rumpfe getrennt. Strehlen. Selbstmord. Die erst 28-jährige Ehefrau des Ostroitzky Hydol, des Richters der „Böhmlischen Bande“, wurde erhängt aufgefunden. Allem Anschein nach dürfte das Motiv zur Tat Schwermut sein, da sich die junge Frau nicht darüber trösten konnte, daß sie von ihren kleinen Kindern, einem Zwillingpaar, verlassen noch getrennt leben mußte.

Nachdem wir gestern auf den Bericht, den Eckstein vom Magdeburger Parteitag in der Generalversammlung der SPD gegeben hat, näher eingegangen sind, wollen wir heute zu den Ausführungen der einzelnen Diskussionsredner Stellung nehmen. Hierbei ist zu beachten, daß bis auf einen, den zuerst sprechenden Bauarbeiter Goreski, Betriebsproleten überhaupt nicht das Wort ergriffen. Es redeten außer Organisationsangehörigen ein Landtagsabgeordneter, ein Professor, eine Stadträtin, zwei Stadträte und ein Regierungsrat. Das ist der Typ jener „Arbeiter“, deren Interessenvertretung die heutige Sozialdemokratische Partei ist.

Der schon oben erwähnte Goreski eröffnete die Diskussion. In seinen Worten kam noch am unverfälschtesten die Meinung derjenigen sozialdemokratischen Arbeiter zum Ausdruck, die noch nicht in das Korruptionsystem ihrer Partei verwickelt sind. Goreski fand erdichtete Worte über die Haltung der Minister, die, wenn sie erst einmal oben sind, sich alles erlauben, sich um kein Programm, um keine Beschlüsse kümmern, sondern das machen, was sie wollen, während der einfache Arbeiter nichts sagen darf, wenn er nicht riskieren will, rausgeschmissen zu werden. Vernichtend war sein Urteil über das Ergebnis der achtmonatigen Koalitionspolitik.

„Sie haben den Interessen der Arbeiter nicht im geringsten genügt, sondern auf allen Gebieten geschadet.“

Ihm antwortete der Landtagsabgeordnete Winger, der ihn wie einen vorlauten, unwillkenden Schulbuben abtanzelte. Als Vorbild stellte er Goreski den „rabulalen“ Eckstein hin, der nicht „ganz unbeteiligt“ vom Verlauf des Magdeburger Parteitages sei. Ein „Bob“, das die sozialdemokratischen Arbeiter zum Nachdenken veranlassen sollte. Das Bemerkenswerteste an Wingers Rede war die Bemerkung, daß der Panzerkreuzer „vielleicht nicht die letzte Defektionsprobe“ gewesen sei. Winger wollte damit die sozialdemokratischen Arbeiter jart auf noch schlimmere Auswirkungen der Koalitionspolitik vorbereiten, was Professor Marx veranlaßte, als Nächster zu sprechen und seiner Besorgnis vor den Folgen derartiger „Belastungsproben“ Ausdruck zu geben. Der Mann kann heute noch immer nur mit größtem Unbehagen an die Tage zurückdenken, als auf Grund des standhaften Panzerkreuzerbeschlusses der SPD-Minister ein Sturm der Entrüstung auch durch die Breslauer SPD ging. Über Feigheit ist die dieser Art „Oppositionellen“ allen gemeinsame Charaktereigenschaft. Anstatt aus den Ankündigungen Wingers die Konsequenz zu ziehen, sollte Herr Marx sein rotes Schnupftüchlein betrübt zusammen, um mit demütigem Achselzucken zu erklären:

„Vorläufig werden wir unseren Refrain auf Ausritt aus der Regierung nicht singen können.“

Veihmann, ein strammer Richter, konnte nicht umhin, die „steterfreie Anleihe“ schlimmer als die Panzerkreuzer-Angelegenheit zu finden, während Stadtrat und Gewerkschaftssekretär Siegler im Gegensatz zu Eckstein meinte, die Tatsache, daß auf dem Parteitag über hundert nicht gewählte, jedoch

stimmberechtigte Delegierte anwesend waren, sei keineswegs „undemokratisch“. Der Mann hat recht! Denn auf den Verhandlungen der Gewerkschaften, auf den ADGB-Kongressen zeigt sich das selbe Bild. Auch dort wird die Stimme der Opposition erdrückt von einem nicht gewählten, sondern willkürlich bestimmten Hausen Angehörigen. — Dann sprach Frau Ill-Eckstein, die zur allgemeinen Erhellung ihrem Gemann vorwärts, für Frauenfragen „nicht das richtige Verständnis zu haben“, worauf, der Parteilist zustimmend, wieder ein offener Richter zu Wort kam, dem sogar die erbärmliche Haltung der Breslauer Parteitagdelegierten noch als „Vollgewissens“ erschien. Es waren keineswegs Rosenamen, mit denen er die Polemik gegen die Delegierten führte. Der Verbandskassierer Stoye, ein auf Schwarzrotgold schwörmender „Linker“, belam es auch mit der Angst zu tun und rang sich nachstehenden Stohlfußes ab:

„Sichtbare Erfolge habe die Regierung bis jetzt nicht aufweisen können und wird sie auch in Zukunft kaum tun können. Die Steueranleihe sei ihr reaktionäres Werk.“

Worte ohne Konsequenz! Der gutbürgerliche Regierungsrat Hamburger hatte letztes Spiel mit den Eckstein-Biegler-Stoye: Er verurteilte sie und ihre „Aktion“. Von Eckstein behauptete er, daß er eine durchaus „realistische Rede“ gehalten hätte und sagte ihm weiter, daß die „Breslauer Fraktionsgenossen im Stadtparlament bei der Verabschiedung des Etats die gleiche Verantwortung bewiesen, wie die Minister in Preußen und im Reich“. Außerdem meinte er, der Parteitag habe gezeigt, daß solche Sätze wie Toni Sender und Kaufhäuser „beachtliche Rechtsabweichungen“ (1) aufwiesen.

Nachdem die Debatte bis hierhin geblieben war, machte sich in der Versammlung das Schlafbedürfnis bemerkbar, und man beschloß deshalb, die Diskussion abubrechen und ins Bett zu gehen. Ecksteins Schlusswort wurde kaum noch angehört; es war ja auch nicht wichtig. Auf eine Klarstellung der Dinge verzichtete er, weil dann die Prinzipienlosigkeit und Unkonsequenz seiner „Opposition“ offensichtlich geworden wäre. Nur eine Feststellung, die er zu dem Breslauer Statthalter machte, sei noch erwähnt. Er sagte: „Wenn wir im vorigen Jahre mit 25 sozialdemokratischen Stadtverordneten eine andere Haltung eingenommen haben, als dieses Jahr, so ist das auf die Tatsache zurückzuführen, daß wir selbstergebe eine hoffnungslose Minderheit waren. Das heißt auf gut deutsch: Ist die SPD in einem Parlament eine Minderheit, dann wehrt sie gegen die „verbrecherische Politik“ des Bürgerblocks, und wird sie aus der Minderheit zur Mehrheit, dann macht sie die gleiche Politik, wie der Bürgerblock.“

Wir nennen so etwas Betrug. Herr Eckstein aber flüht, das wäre — Realpolitik!“

SPD-Arbeiter! Erkennt endlich den wahren Charakter der Partei, der ihr noch angehört! Die Diskussion in der Generalversammlung hat — wenn es die einzelnen Donzen-Redner auch nicht wollten — die Verbrechen der sozialdemokratischen Führer enthüllt. Wer jetzt noch in der SPD bleibt, macht sich an ihnen mit-schuldig!

Unsere Leser schreiben uns:

Auf Veranlassung der Postausweise bitte ich um Veröffentlichung nachstehender Zeilen über das Verhalten des Postinspektors Demuth (Postamt Weiße Ohle). Der Inspektor ist ein eifriger Förderer des Sportvereins Stephan. Seine Propaganda erstreckt sich hauptsächlich auf seine Amtstätigkeit. Die Mitglieder des Sportvereins bekommen sofort Beschäftigung. Es sind alles junge Leute, die alten, schon vor dem Kriege eingearbeiteten Familienväter werden beiseite gestellt. Selbst die Postkassner, denen die Leute zugeteilt werden, sind empört darüber und haben schweres Arbeiten mit diesen „Sportlern“. Was sagt die Oberpostdirektion zu der Willkür des Herrn Demuth? Ist sie damit einverstanden?

Höchst eigenartige Zustände herrschen bei den Notstandsarbeitern in den Ohwitzer Friedhöfen. Dort ist sage und schreibe eine Austrittsgelegenheit vorhanden, die zur Zeit des Großen Kurfürsten als Wort bezeichnet werden konnte. Und dabei sind dort circa 150 Frauen beschäftigt. Genau so, wie auf dem Kaiserhof exerziert wurde, exerzieren auf diesem sogenannten „Wort“ die Filzläuse. Trotzdem dies schon mehrmals zur Sprache gekommen ist, ist in dieser Angelegenheit bisher nichts geschahen.

Das Grundstück Sternstraße 47 ist voll von großen schwarzen Schwaben. Am meisten sind davon geplagt wir Mieter des vierten Stockwerkes. Die Schwaben kommen in der Nacht scharenweise aus den Bodenlammern. Früher wurde dieses Uebel durch den Kammerjäger beseitigt. Der heutige Wirt findet es nicht für nötig, das gleiche zu tun. Es ist wirklich nicht appetitlich, wenn 4 bis 5 Zentimeter lange

Schwaben auf Tischen und Büfeln herumlaufen, aber sie fallen in der Nacht von den Decken in die Betten. Jedes Kinderschlafmädchen umgibt werden, um nicht solch ein Vieh mit anzusehen. Es ist deshalb Hilfe wirklich nötig, da überall kleine Kinder sind und auch schulpflichtige, die schon Schwaben in der Blüchertasche mit in die Schule geschleppt haben. Wir erwarten bestimmt Hilfe durch das Gemeinheitsamt.

Die Mieter.

Im Sprechsaal der „Neuesten Nachrichten“ war dieser Tage eine Beschwerde darüber zu lesen, daß die Kinder in der Straßenbahn alten Leuten nicht die von ihnen besetzten Plätze anbieten. Ich will nichts dagegen sagen, sondern finde das durchaus für richtig, daß Kinder wirklich alten, kranken Leuten Platz machen. Über die Nacht in den „Neuesten“ will das ja gar nicht. Sie ist eines jener heuchlerischen Erzeugnisse, die für diese Sorte „Einsender“ bezeichnend ist. Erstens glaubt man, daß nicht nur die Kinder, sondern auch ältere Arbeiter sofort von ihren Plätzen aufspringen haben, wenn irgend ein Junge, den ganzen Tag faulenzendes Dämchen aus Versehen mal statt ihres Autos die Straßenbahn benutzt. Bleibt man aber — wie es richtig ist — in diesem Falle sitzen, hat man keinen „Anstand“, ist man unritterlich. Aber nochtwas anderes muß in diesem Zusammenhang gesagt werden: Wo ist der Einsender gewesen, als in Berlin alle Leute mit dem Gummitüppel traktiert, ja sogar erschossen wurden? Hat er da auch seine Stimme erhoben und verlangt, man solle „das Alter ehren“? M. G.

Versammlungskalender

- Kommunistischer Jugendverband
Breslau
Gruppe West. Dienstag 20 Uhr Heimabend im „Kuglerheim“, Leuthenstraße. Mitgliederbücher und Wartengelber sind mitzubringen.
Gruppe Ost (Süd). Mittwoch 20 Uhr: Eugen Ledinek-Feder (offentlicher Gruppenabend) im Lokal Berger, Sedan, Ecke Reudorfstraße. Gäste willkommen.
Gruppe Nord. Mittwoch 19.30 Uhr an bekannten Betrieben!
Jung-Spartakusbund
Breslau
Gruppe Ost, Seite 1 (Südwest). Mittwoch 17 Uhr: Heimabend bei Berger, Sedan, Ecke Reudorfstraße. Gäste willkommen.
Achtung! Jungpioniere! Wer den Wanderverschluss mitmacht, bringt 25 Pf. in den Heimabend mit!
Gruppe „Zentrum“, Seite 2 (Südost). Dienstag 17 Uhr: Heimabend bei Funtz, Postenstraße 12. Gäste willkommen.
Gruppe „Süd“ (West). Dienstag 18 Uhr: Heimabend im „Kuglerheim“, Leuthenstraße.
Mater Frauen- und Mädchenbund
Breslau
Mit. 1. Mittwoch 20 Uhr bei Raps, Mariannenstraße, Versammlung.
Konkige Organisationen.
Breslau
Rote Hilfe, West. Mittwoch 19.30 Uhr: Mitgliederbesprechung. Subertus-Ecke, Friedrich-Wilhelm-Straße 92. Thema: Bericht von der Bezirkskonferenz.
Verband der Arbeiterinnen. Besit. Schelling. Die Versammlungen finden jeden 2. Dienstag im Monat bei Mutter, Wallonstraße 21. 20 Uhr statt. Als Gäste zahlreiche Mitteilungen erwünscht.
Gottschalk. Dienstag 17 Uhr: Politische Veranstaltung für Frauen in Schönbühl.
Breslau. Arbeiter-Schulungskasse. Dienstag: Uebungsabend aller alt. Schüler. Jeder hat 0,25 Mark mitzubringen.
Breslau. Reichsbannerjugend. Dienstag 19.30 Uhr im „Bläse“, Kolonnen-Platz. Vortrag: Kollege Ragner. Alle Jugendfreunde werden aufgefordert, zu erscheinen.

Einen Tag Erholung

und Freude für jung und alt bietet die
Rote Presse-Fahrt
am Sonntag, dem 16. Juni. Abfahrt um 5.30 Uhr von der Freiheitsbrücke nach Pleßschwitz-Margareth. Preis für die Hin- und Rückfahrt 1,00 Mark, Kinder 25 Pf. Karten bei allen Kolporturen der „Arbeiter-Zeitung“.
(Eschluß des redaktionellen Teils.)

Haarpflege in drei Stufen. So macht's Spaß und ist außerdem gesund: Jede Woche einmal Haare waschen — aber ja nicht mit Seife, die schadet dem Haar, sondern mit „Schwarzkopf-Schampoo“, „Extra“. — Erfolg: immer hübsch, lockend, federnd, schimmerndes Haar. — Für alle Schuppen und auf diesen „Schwarzkopf-Produkten-Schampoo“ die Haare waschen ohne Wasser. — Erfolg: in drei Minuten ist das Haar wie frisch gewaschen und pflichtfertig. — Für täglichen Haarpflege ein bestmögliches Reibungsmittel für Haar und Kopfhaut: „Schwarzkopf-Spezial-Haartwasser“. — Erfolg: wundervolles Gefühl der Frische, Verhütung von Haartranspiration und Haarausfall.

Waldenburger Bergland

„Bergwacht“ unterstützt Steuerfreiheit für Reiche

Vor einigen Tagen konnte man im Textteil der sozialdemokratischen „Bergwacht“ und auch der „Linken“, „Volkswacht“ folgendes Inserat lesen:

Zeichne 7% Reichsanleihe

Befreit von der Einkommensteuer!
Befreit von der Vermögenssteuer!
Befreit von der Erbschaftsteuer!
Befreit vom Steuerabzug vom Kapitalertrag!

Zeichnungsschluß 8. Juni

Was geht aus dem Inserat hervor? Daraus geht hervor, daß die von Hilferding gekaufte Anleihe ein fettes Geschäft für die Finanzlöhne darstellt. Das Hilferding-Geschäft bedeutet:

50 bis 80 Millionen Mark Verlust aus der steuerfreien Anleihe.

- Ferner:**
- Verzicht auf 31 Millionen Mark bei den Kapitalverkehrssteuern,
 - Verzicht auf 14 Millionen bei der Obligationssteuer,
 - Verzicht auf 104 Millionen bei der Vermögenssteuer,
 - Verzicht auf 20 Millionen bei der Erbschaftsteuer,
 - Verzicht auf 30 Millionen bei der veranlagten Einkommensteuer.

Die Unternehmer haben alle Ursache, mit Freuden die Hilferding'schen Millionengeschäfte anzunehmen und sie in ihrer Presse anzupreisen.

Weshalb kommt aber die „Bergwacht“ dazu, das Inserat zu veröffentlichen? Etwas lediglich der Einnahme wegen? In diesem Falle aber hätten die Redakteure die Möglichkeit, im Textteil den Arbeitern zu sagen, was es mit der Reichsanleihe auf sich hat, denn in einer Zeitung, die auf „journalistischen Anstand“ Wert legt, darf die Schreibweise der Redakteure durch die bezahlten Inserate nicht beeinflusst werden. Und die „Bergwacht“ ist doch eine Zeitung von

vortrefflichem journalistischen Anstand — ohne Zweifel — für die „Bergwacht“-Redakteure.

Wie wäre es, Kumpel, wenn du den Parolen der sozialdemokratischen „Bergwacht“ Folge leistest und Reichsanleihe gezeichnet hättest? Du hättest dann keine Einkommensteuer, keine Vermögenssteuer, keine Erbschaftsteuer und auch keinen Steuerabzug vom Kapitalertrag zu zahlen.

Doch du kannst keine Reichsanleihe zeichnen, weil dir das Geld dazu fehlt. Du kannst aber etwas anderes tun, nämlich — die „Bergwacht“ aus deiner Wohnung hinauswerfen!

Bezirksfest der Arbeiter-Athleten

Arbeiter-Athleten-Bund 1. Kreis, 2. Bezirk

Uns wird geschrieben:

Das dritte Mal findet in diesem Jahre unser Bezirksfest statt, verbunden mit dem Reichs-Arbeiter-Sporttag, in dem Stadion von Hermsdorf. Das Ortskartell Hermsdorf und der 2. Bezirk haben keine Arbeit gesehen, um auf dem Gebiete der Arbeiterkörperbewegung etwas zu bieten. Die Arbeitervereine machen es sich zur Aufgabe, den Menschen geistig und körperlich zum Sozialisten zu erziehen, der gewillt ist, einzutreten für ein besseres Leben der Arbeiter, für den Achtstundentag und die anderen Arbeiterforderungen. Wir fordern die Bevölkerung von Hermsdorf und Umgegend auf, die Veranstaltung zu unterstützen. Das Programm ist sehr reichhaltig und im Inserat ausführlich angegeben.

Ober-Wülfegiersdorf kauft Garage

A. R. In Ober-Wülfegiersdorf fand eine Gemeindevertreter-Sitzung statt, die sich nur mit einem Punkte zu befassen hatte, und zwar wurde dem Kaufe der Autogarage, die ehemals der Firma J. D. Busch gehörte und jetzt im Besitze der Genossenschaftsbank war, zum Zwecke eines Feuerwehrdepots zum Preise von 18 500 Mark zugestimmt. Wenn auch der Preis ein etwas hoher ist, so wurde doch dem Kaufe zugestimmt, weil der Neubau eines Feuerwehrdepots eine weit höhere Summe verschlingen würde.

Vergebliche Belebungsversuche

A. R. Am 16. Juni veranstaltete das hiesige Reichsbanner in Ober-Wülfegiersdorf seine Fahnenweihe, um die gelichteten Reihen wieder etwas aufzubessern. Das wird ihnen aber nicht gelingen. Die Massenbewusste Arbeiterklasse hat mit dem Kummel der Kapitalistenbeschützer nichts zu tun.

Niederschlesien

Textilarbeiter-Kampffront steht unerschüttert!

Ein Situationsbericht aus Sagan

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

Die Saganer Textilarbeiter sind seit einiger Zeit in einem Kampfe zu sehen, der sie bisher in die Hände der Sozialdemokraten eine führende Rolle. Ja, der Sekretär Rieger kündigte in der Freitagversammlung schon die „Reinigung“ der Gewerkschaft von kommunistischen Elementen an. Es wird auch nichts unversucht gelassen, die Front der Textilarbeiter zu schwächen. Man belügt die Arbeiterklasse auf das Gemeinste. Lesen wir Nr. 22 des „Textilarbeiter“. Zur Auswertung in Schlesien heißt es wörtlich:

„Alle Verbandsbetriebe haben, den Weisungen des Arbeitgeberverbandes folgend, auf der ganzen Linie die Arbeiter am Sonnabend, dem 25. Mai, ausgesperrt. Die Unternehmer versuchten die Pader, Feizer und Maschinisten sowie die Handwerker in den Betrieben zu halten; dieser Wunsch der Unternehmer wurde abgelehnt.“

Wie diese Ablehnung in Sagan aussieht, werden wir illustrieren. Auch hier sichtet eine sogenannte Aussperrungskommission ein sorgenloses Dasein. Am Tage der Aussperrung sah sie den Beschäftigten, die Handwerker aus dem Betriebe zu ziehen und nur mit Genehmigung der Kommission Restarbeiten verrichten zu lassen. Zwei Tage später war dieser Beschluß vergessen, und jetzt müssen wir die bewährte Tatsache feststellen, daß, ohne daß die Kommission gefragt wurde, fast die gesamten Handwerker bei Moos-Löw-Beer arbeiten, alles andere aber verrichten, nur keine Restarbeiten. Die Gewerkschaftsführer drücken beide Augen zu; sie haben Wichtiges zu tun. Es gilt die verhassten Kommunisten lahmzulegen, und das ist ihrer Auffassung nach besser, als die Kampffront der Arbeiter zu hüten und die Handwerker vom Betriebe fernzuhalten. Ist es angeht die Tatsache nicht geradezu ein Hohn, daß die Aussperrungskommission während der Aussperrung ganze zweimal getagt hat! Sollte dieses reformistische Probitat wirklich keine Arbeit haben? Ein noch beschämenderes Symptom für dieses Gebilde ist, daß fast in allen Branchen der Moos-Löw-Beer schon fertig gearbeitet, und die Bestellung auf Militärlieferungen von den wenigen Leuten fertiggestellt wird. Sollen die Kräfte etwa auch hier behaupten, die Kommunisten sind daran schuld? Oder glauben sie, daß dadurch die Kampffront gefährdet und der Kampfsgeist der Textilarbeiter gefördert wird? Nein — das Dableben dieser Streikbrüder schafft die Voraussetzung für die Niederknüppelung der Textilarbeiter. Allein in der Weberei sollen 30 Weber arbeiten; allerdings unter dem schönen Namen „Webhäuser“. Auf dasselbe Blatt gehört die Hebe gegen die Unorganisierten. Ein Flugblatt der Opposition, in welchem die Hebe gegen die 30 000 Unorganisierten widerlegt wurde, hatte eine katastrophale Wirkung auf die Herren Angehörigen. „Abwäger“ Frisch wurde herbeigeholt, und er wurde auch seiner Aufgabe gerecht, nämlich, die Kluft zwischen den Organisierten und Unorganisierten zu vergrößern, und nebenbei sein Mäuschen an den Kommunisten zu füttern. Nun, wir sind ihm in der Freitagversammlung die Antwort nicht schuldig geblieben. Wir beweisen unsere Auffassung nicht mit phrasenhaften Worten, sondern mit Taten. Bereits am Sonnabend war es möglich, trotz der verlegenen Polizeibekanntmachung, 52 Familien von organisierten und unorganisierten Arbeitern mit reichlichen Lebensmitteln zu unterstützen. Die

30 000 und mit ihr die Kommunisten haben bewiesen, daß ein großer Teil Arbeiter durch sie den Weg wieder zum Textilarbeiterverband zurückgefunden haben. Die Hebe der Frisch und Konjoren gegen die 30 000 Unorganisierten wird sich in diesem Kampfe bitter rächen, zum Schaden der Gesamtarbeiterschaft von Schlesien, wenn nicht bald die Einsicht bei den organisierten Arbeitern Platz greift, gemeinsam den Kampf gegen die Textilherren zu führen. Es ist heute in Sagan bereits eine Tatsache, daß die Unternehmer sich diese Hebe gegen die Unorganisierten zunutze machen und dieselben durch ihre Meister auffordern, zur Arbeit zu erscheinen. Dieses unter allen Umständen zu verhindern, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunisten im Textilarbeiterkampfe. Oben angeführtes Beispiel zeigt, wie recht die Kommunisten hatten, als sie in ihrem letzten Flugblatt den Satz prägten: „Wer in der jetzigen Zeit gegen die Unorganisierten hebt, arbeitet den Textilarbeitern in die Hände.“

Für die Saganer Arbeiter gilt es jetzt festzuhalten an den aufgestellten Forderungen, Ablehnung der Schlichtungsinanz und Herbeiführung der Einheitsfront aller Textilarbeiter! Nur dadurch kann der Sieg errungen werden.

Am Sprechstunden für alle Aussperrten von Sagan und Umgebung jeden Tag, vormittags von 9 bis 12 Uhr, im Restaurant Zingel, Baderstraße, daselbst auch Lebensmittelverteilung der 30 000 am Bedürftige. Nächste Verteilung am Freitag

Görlitz

Textilarbeiter

kommen am Dienstag in die öffentliche Textilarbeiter-Versammlung um 20 Uhr im Saalhaus „Zur Altstadt“ (Nikolaigraben). Thema: „Der Kampf der 60 000“ Textilarbeiterinnen und -arbeiter, holt euch Aufklärung für euren Kampf! Erscheint zahlreich! Die Gewerkschaftsopposition.

Achtung, Freidenker!

Alle Mitglieder der Partei und der befreundeten Organisationen, überhaupt alle ehrlichen, den Spaltungssturz bekämpfenden Mitglieder des D. F. u. Z., zeichnen sich ein in die Liste zum Volksentscheid im Freidenkerverband. Einzeichnungen täglich von 8—19 Uhr in unserer Geschäftsstelle, Lunitz 6. Mitgliedsbücher mitbringen!

Sprottau

Stimmt das?

Wie uns mitgeteilt wird, soll am 2. Juni ein Arbeiter von einem Förster zum Krüppel geschossen worden sein. Der Sachverhalt soll folgender sein. Der Arbeiter schloß mit einem Lehnung einen auf einer Weide stehenden Bos. Als er dabei war, den selben fortzuschaffen, wurde ihm zugeraufen: „Liegen lassen!“ Der kühne Arbeiter, der das Lehnung aus der Hand gelegt hatte, erhielt gleich nach dem Anruf einen Schuß, der ihn in die Schulter traf. Er raffte sich aber noch auf und versuchte zu flüchten. Zwei weitere Schüsse wurden ihm daraufhin nachgeschickt.

Wir finden diese Schießerei auf den Arbeiter, wenn das uns Mitgeteilte zutrifft, als einen Mordanschlag sondersorten. Wir fragen hiermit in der Öffentlichkeit an, ob die uns gegebene Schilderung den Tatsachen entspricht. Sollte das der Fall sein, so mußte unbedingt gegen den Förster wegen Körperverletzung eingeschritten werden.

Oberes Revier

Frauen heraus!

Alle werktätigen Frauen erscheinen heute Dienstag 17 Uhr im Schützenhaus Gattersberg in der öffentlichen Frauenversammlung.

Nicht Stunden Arbeit ohne Brot

A. R. Weil eben für den Proleten kein Geld da ist, mußten es sich einige Arbeiter auf der Potereianstalt Gustav-Grube gefallen lassen, ohne Brot und Kaffee zu arbeiten. Warum? Weil der Mannschaftsraum nicht in einer diebstahlsicheren Verfassung ist, müssen die Arbeiter, welche ihr Brot nicht in den warmen Öfen verrotten lassen wollen, dieses frei hinlegen. Warum wurden Brot, Kaffee und Kistentische gestohlen? Weil der Mannschaftsraum eine Tür ohne Schlüssel und Schlössel hat. Dazu kann kein Mensch übersehen, wenn ein Fremder hinausgeht. Trotz wiederholten Beschwerden nach derartigen Vorfällen (der geschändete ist nicht der erste) an verschiedenen Stellen ist noch nichts geschehen, um diesen Mißstand zu beseitigen. Wir fordern sofortige Abhilfe!

Ein Vogelneß auf der Schlafzimmerlampe. In Rothbach hat ein Schwalbenpaar im Hause Nr. 13 seine Brutstätte auf der Schlafzimmerlampe aufgeschlagen.

Schweidnitz

Anlage im Mord an der Wertelschöhe

Die Untersuchung gegen den 16-jährigen Wilhelm Hoffmann aus Schweidnitz, der des Mordes an dem 14-jährigen Sohne des Handelsmannes Runge beschuldigt wird, ist so weit gefördert worden, daß die Hauptverhandlung in den nächsten Tagen stattfinden wird. Hoffmann wird beschuldigt, den Knaben kurz vor Ostern auf dem Wege zur Wertelschöhe meuchlings erstochen zu haben, worauf er den Körper des Ermordeten mit einer Tonröhre beschwerte und in eine alte Brunnenanlage werfen ließ. Inzwischen war er als Schiffsjunge nach dem Ausland gefahren und wurde nach seiner Rückkehr in Hamburg verhaftet. Anfänglich hatte sich der Verdacht der Täterschaft an dem Morde auch gegen den 15-jährigen Bruder des Getöteten gerichtet, der ebenfalls als Schiffsjunge kurz nach dem Morde auf und davon ging, doch hat sich der Verdacht gegen diesen nicht aufrechterhalten lassen. Die Verhandlung findet unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Bolkenhain

Der Frauenmord am Großen Hau unaufgeklärt. Der Frauenmord am Großen Hau, dem die Gutbesitzerin Hansch am Himmelstagslage zum Opfer fiel, scheint nun auch endgültig in die Reihe der unaufgeklärten Morde zu kommen. Die Ermittlungen haben bisher so gut wie kein Ergebnis gehabt, so daß das Dunkel, das über der Tat liegt, kaum mehr zu lichten sein dürfte. Der verhaftete Borst muß schließlich entlassen werden. Andere Vernehmungen brachten keine Klärung.

Grünberg

Magistrat sabotiert kommunistischen Antrag für die Textilarbeiter

Von der kommunistischen Stadtratsfraktion wurde zur Unterstützung der ausgesperrten Textilarbeiter ein Dringlichkeitsantrag eingereicht. Der Antrag verlangt, daß sofort eine Stadtratskommission einberufen wird, und diese soll auf Antrag der Kommunisten beschließen, daß die Stadt die Textilarbeiter für die Zeit der Aussperrung mit Lebensmitteln, Brennmaterialien und Geld unterstützt. Obwohl der Antrag schon am 4. Juni eingereicht wurde, hat es der Magistrat bis jetzt verstanden, seine Beratung zu hinterziehen. Die kommunistische Stadtratsfraktion verlangt hiermit nochmals energisch, daß in Anbetracht der Notlage der Aussperrten, sofort die kommunistischen Anträge behandelt werden.

Bunzlau

Tödlischer Motorradunfall

In Nieder-Großhartmannsdorf ereignete sich am Sonntagmorgen ein schwerer Motorradunfall. Der Kohlenhändler Martin Scholz fuhr mit seinem Motorrad in ein Auto hinein und verunglückte dabei tödlich.

Liegnitz

Sittlichkeitsverbrechen an einem 8-jährigen Mädchen

Am Sonntagabend zwischen 16 und 17 Uhr wurde an einem achtjährigen Mädchen eines hiesigen Maschinisten ein Sittlichkeitsverbrechen verübt. Das Kind wurde von einem jungen Mann im Alter von 18 bis 20 Jahren unter dem Versprechen eines Geldgeschenkes nach dem Parkhaus an eine entlegene Stelle gelockt. Hier verging sich der Blütling an dem Kinde.

Glogau

Einer, der die Not anderer ausbeutete

Durch Wucher und zahlreiche Wechselfälschungen verstand es der Pferdehändler Adolf Richter, auf Kosten seiner Mitmenschen sich zu großem Wohlstand zu verhelfen. An Markttagen versammelte er in einer Gastwirtschaft geldbedürftige Leute um sich und verstand es, sie zu unrealen Wechselfälschungen zu überreden. Als seine Opfer am Ende ihrer Kraft waren, wurde festgestellt, daß insgesamt weit über dreihundert Bauern, Handwerker und Arbeiter geschädigt worden sind. Die Geschädigten sind aus den verschiedensten Kreisen, so aus den Kreisen Glogau, Guhrau, Sprottau, Steinau, Freytag, Fraustadt, Bohlau und Grünberg. In seiner Arbeit schreckte er vor Wechselfälschungen nicht zurück, indem er z. B. an eine Zahl willkürlich eine Null anfügte. In einem Falle verlangte er für ein Darlehen von 150 Mark die Rückgabe von 600 Mark. Um zu seinem Ziele zu gelangen, ließ er seine unersahenen Opfer immer wieder neue Wechselfälschungen ausstellen. — Bei einer Hausdurchsuchung fand die Kriminalpolizei Blankowechsel, unterschriebene und gefälschte Wechselfälschungen. Das belastende Material war so stark, daß der Betrüger sofort verhaftet wurde.

Aus dem Riesengebirge

Tödlisches Autounfall

Der Kaufmann Schwantes in Aensdorf fuhr mit seinem Auto in einen am Dorfeingang haltenden Wägen hinein. Der Wägen prallte nach gegen einen Baum und überschlug sich. Der Führer kam mit dem Hals unter den völlig zertrümmerten Wägen zu liegen und ist erstickt. Schwantes war gegen Ende vorigen Jahres schon einmal verunglückt, wobei seine Frau den Tod fand; seitdem schwebte ein Verfahrnen wegen fahrlässiger Tötung gegen ihn.

Die werktätige Frau

Ernt aus den Mai-Ereignissen

Die Merkat von Jürgel ist doch auch ein Frauen nicht spurlos vorübergegangen. Manche Proletarierfrau wartete mit Spannung auf die „Arbeiter-Zeitung“, um die Ereignisse von Berlin zu lesen. Wofür sind denn unsere Brüder gemordet worden? Habt ihr euch noch nie darüber Gedanken gemacht? Wollen wir das zulassen? Wollen wir Frauen uns nicht endlich in die proletarische Abwehrfront einreihen? Ja, wir wollen es und wir müssen es, denn das sind wir uns und unseren toten Brüdern schuldig. Laßt euch von den Schwarzen nicht einschüchtern mit Himmel und Seligkeit, denn die glauben doch selbst nicht daran. Sie sind doch nur vom Staate angestellte Verdummungsbeamte. Wie Jürgel die Arbeiter morden läßt, wollen diese Schwarzen auch für die Ausbeutung gefällig machen. Ihr dürft euch das nicht gefallen lassen. Unsere toten Brüder rufen auch euch zu: **Einheit in die kommunistische Partei, denn nur sie führt euch zum herrlichen Befreiungskampfe!**

Genosin S. P., Oppeln DE.

Amerika duldet nur triegsbegeisterte Frauen

Das amerikanische Oberste Bundesgericht entschied Ende Mai, daß im Ausland geborene Frauen, die sich weigern, zur Verteidigung der amerikanischen Regierung Waffen zu tragen, das amerikanische Bürgerrecht nicht erwerben können. Es handelt sich hier speziell um den Fall der bekannten ungarischen Pazifistin Rosla Schwimmer, die juristisch in Chicago wohnt. Sie hatte bei der Naturalisationsprüfung erklärt, nicht zu den Waffen zu greifen, um die amerikanische Bundesverfassung zu verteidigen. Deshalb konnte die Frau nicht die amerikanische Staatsangehörigkeit erwerben.

Damit dokumentiert Amerika, daß im kommenden imperialistischen Kriege nicht nur die Männer, sondern auch die Frauen zum Kriegsdienst herangezogen werden sollen. Alles Gerede von Abrüstung und Friedensverträgen erweist sich also als purer Schwindel, wie die Kommunisten das immer gesagt haben. Um den Frieden endgültig zu sichern, muß die proletarische Frau Seite an Seite mit der gesamten Arbeiterschaft für die Befreiung der kapitalistischen Gesellschaft kämpfen. Dann erst wird es keine Kriege mehr geben.

Frauen werden für den Ostkrieg ausgebildet

Wie haben die Imperialisten aller Länder geschrien, als im vorigen Jahre am 1. Mai in Moskau bei den Demonstrationen Frauen mit Gasmasken aufmarschierten! „Kriegsvorbereitungen der Bolschewisten!“ — Sogar die Arbeiterinnen werden für den Ostkrieg ausgebildet! So zeternten sie. In Wirklichkeit versuchen auch die Kapitalisten alles, um die Frauen für die Kriegsvorbereitungen zu gewinnen und sie besonders im Ostkrieg auszubilden. Das holländische Rote Kreuz veranstaltete z. B. in der letzten Zeit große Paraden, auf denen Frauen mit Gasmasken aufmarschierten. Bekannt ist ja auch

das französische Millitärgesetz, das danach trachtet, die gesamte Bevölkerung, vom kleinen Kinde, das noch zur Schule geht, bis zu den Ältesten, zu militarisieren und im Gebrauche aller Waffen zu üben. Darunter sind selbstverständlich auch alle Frauen und Mädchen.

Als in Genf auf der Arbeiterkonferenz die sowjetrussischen Vertreter ganz radikale Abrüstungsvorschläge machten, ernteten sie damit nur den Hohn der gesamten Imperialisten. Die stärkste Ausführung in allen kapitalistischen Ländern war die Antwort auf das Friedensangebot der Sowjetunion. Alle diese Ausführungen werden nur zu dem Zweck gemacht, im günstigsten Moment die Sowjetunion anzugreifen und den ersten Arbeiterstaat, den Vort der revolutionären Arbeiterchaft der ganzen Welt, niederzuschlagen. Wir sind der Meinung, daß die Sowjetunion nicht nur das Recht, sondern die Pflicht hat, sich mit allen Mitteln gegen die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten zu schützen. Und in dem Kampfe gegen den Weltkapitalismus werden alle revolutionären Arbeiter und Arbeiterinnen auf der Seite der Sowjetunion stehen.

Das proletarische Kind im preussischen Kultus-Staat

Die Sozialdemokraten lehrten zusammen mit allen bürgerlichen Parteien bei der zweiten Lösung des Unterrichtsstaatsplanes den Antrag der Kommunisten, 88 Millionen für kirchliche Zwecke zu streichen, ab. Dadurch haben sie gleichzeitig die Verwendung dieser Mittel für Kinderpeisung in der Schule, Waldberuhigungsheime, Verbesserung der hygienischen Einrichtungen, Kindergärten, freie Lernmittel,

abgelehnt. Für diese Lebensnotwendigkeiten der proletarischen Kinder ist überhaupt kein Posten im gesamten Etat für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, für den insgesamt 750 Millionen Mark ausgeworfen wurden, vorgesehen.

Ein zweiter kommunistischer Antrag forderte wenigstens 15 Millionen Mark für freie Lernmittel im nächsten Etat. Wer was geschah? Verweigerung an den Unterrichtsstaatsplan, d. h. ehrenvolles Begrüßung! Die Prügel- und Arreststrafen bleiben jedoch bestehen! Die Sozialdemokraten haben mit Rücksicht auf ihre bürgerlichen Koalitionsfreunde einen Antrag auf Abschaffung der Prügelstrafe im Plenum erst gar nicht gestellt. Das blieb den Kommunisten überlassen. Natürlich verfiel der Antrag der Wohnung.

Den Kommunisten gelang es nur, zu verhindern, daß der niederträchtige Zentrumsantrag zur Annahme gelangte, der sogar den jähren Erlaß vom 20. März 1928 auf Einschränkung der Prügelstrafe (in den beiden unteren Klassen, bei Mädchen, und für Fehlleistungen soll nicht mehr geschlagen werden) revidieren wollte.

Ein besonderes Schandstück leisteten sich die Jürgel-Sozialisten, indem sie mit den anderen bürgerlichen Parteien den folgenden Antrag der Kommunisten ablehnten:

„Die zwangsweise Vorführung durch die Polizei bei Schulversammlungen ist nicht geeignet, die tieferen sozialen und biologischen

Ursachen der Schulverweigerung zu beheben. Wohl aber widerspricht sie allen pädagogischen Gesichtspunkten und ruft mit Recht die größte Erbitterung bei Eltern und Schülern hervor.“

Das Staatsministerium wird ersucht, zu veranlassen, daß bei Schulverweigerungen die Schulaufsichtsbehörde nicht befügt ist, bei der Ausführung zur Schule die Polizei in Anspruch zu nehmen. Das Gesetz über die Schulpflicht vom 1. April 1928 ist in diesem Sinne abzuändern.“

Dagegen stellten sich die Sozialdemokraten (führend vor die Arbeiterpartei) und stimmten den folgenden kommunistischen Antrag — wieder im Einvernehmen mit allen bürgerlichen Parteien — nieder:

„Das Staatsministerium wird beantragt, bei der Stellungnahme zum neuen Strafgesetz im Reichsrat dafür zu wirken, daß Arbeitgeber, Dienst- und Lehrherren, die schulpflichtige Kinder mit Erwerbsarbeit beschäftigen, mit Gefängnis bestraft werden.“

Es kann nicht genügend getan werden, um das schamlose Verhalten der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in allen diesen Fragen vor der breiten Arbeiteröffentlichkeit zu brandmarken. Gerade die Sozialdemokraten spielen sich ja in den Vorbereitungskomitees, in der Freien Schulgesellschaft usw. als die alleinigen Hüter des Fortschrittes auf. In der Praxis zeigt sich aber immer wieder, daß sie ihren zentruntsüchtigen Freunden zuliebe gerade in Schlußfragen immer wieder mit der schwächsten Reaktion Hand in Hand gehen.

Die Frau und die Kirche

Was haben sie miteinander zu tun?

„Durch das Weib ist die Sünde in die Welt gekommen.“ (1. Bf.)

Die Pfaffen nennen die Frau: „Werkzeug des Satans“, „Pforte des Teufels“, „Gefäß der Sünden.“

„Es ist dem Menschen gut, daß er kein Weib berührt, aber um der Sünde willen habe jeder sein eigenes Weib.“ (1. Kor. 7, 1.)

„Und dein Weib soll deinem Mann unterworfen sein, und er soll dein Herr sein.“ (1. Moses 3, 16.)

„Die Weiber seien untertan ihren Männern als dem Herrn, denn der Mann ist des Weibes Haupt.“ (Eph. 5, 22.)

„Dem Manne steht zwar im allgemeinen ein Zuchtigungsrecht gegenüber seiner Frau zu.“ (Prof. der Theologie Goeppfert, Würzburg.)

„Du sollst mit Schmerzen Kinder gebären.“ (1. Moses 3, 16.)

„Zu bebauern ist es, daß nicht die meisten bei diesen Prozeduren eingehen. Erfreulicherweise kommt ja ein erheblicher Prozentsatz moderner Berlinerinnen zur Strafe für ihre Fruchtbarkeitsereien und künstlichen Fehlgeburten in diesen sogenannten Wochenbetten um. Es ist zu bedauern, daß immer noch viel zu viele dieser unnützen Weiber am Leben bleiben, um ihr suchwürdiges Wesen weiter zu treiben.“ (Pastor Lepsius in „Reformation“.)

Weide haben also nichts miteinander zu tun! Deshalb heraus aus der Kirche, melde die Kinder vom Religionsunterricht ab!

(Text ist dem „Gottlosen“ entnommen, dem Organ der Freidenker-Opposition.)

Breslauer

Johnannisfest

Das Fest der schlesischen Heimat, von Sonnabend, den 15. — 30. Juni 1929, mit dem

„Schlesischen Himmelreich“

Eröffnung: Sonnabend, mittags 2 Uhr

Niesesehene Schaustellungen!
:: Täglich große Sportkämpfe ::

Eintrittspreise: Erwachsene 30 Pf., Kinder 10 Pf.
Elitetage (Sonn- u. Donnerstag) „ 50 Pf., „ 20 Pf.

Dauerkarten für alle Tage gültig:
Erwachsene 2.50 Mk., Kinder 1.— Mk. — Vorverkauf bei Barasch

Vereinigte Theater
Lobe-Theater
Von Sonnabend, den 8. 6.
bis Sonnabend, den 15. 6.
täglich 20.15 Uhr
Saisonverkauf 1929
Kasse im Lobe-Theater
in 12 Bildern
Legte: Max Ophüls
Musik von Harry Kalton

Thalia-Theater
Von Sonnabend, den 8. 6.
bis Sonnabend, den 15. 6.
täglich 20.15 Uhr:
Der Mann, der seinen
Namen änderte
Stück in 3 Akten
von Edgar Wallace, deutsch
von Hans Kothe

Erhöhung des Preises für Gas, Wasser und elektrischen Strom.
Die städtischen Körperschaften haben bei Feststellung des Stadthaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1929 beschlossen, den Preis für die Wertgebühren wie folgt festzusetzen:
für 1 cbm Gas 0.21 Rm.
„ 1 Wasser 0.25 „
„ 1 kWh Strom z. Beleucht. 0.50 „
„ 1 „ „ Strom z. Kraftübertragung innerhalb der Sperrstunden 0.50 „
„ 1 „ „ Strom z. Kraftübertragung außerhalb der Sperrstunden 0.26 „
Die neuen Preise gelten mit rückwirkender Kraft bis zu einem Monat vom Tage dieser Bekanntmachung ab. Sie werden bereits bei allen Ablesungen vom 10. Juni 1929 ab berechnet werden.
Breslau, den 7. Juni 1929
Der Magistrat
Rath, Dr. Friebel

Die Monikische Gemeinde
veranstaltet am Mittwoch, dem 12. Juni
20 Uhr, einen
öffentlichen Vortrag
im Saal, Grünstraße 14/16, über das
Thema: „Voltaire und Feuerbach,
zwei Vorkämpfer des freien Geistes.“
Redner: Dr. Felix Feldmann, Bremen.
Alle Genossen und Freidenker sind
eingeladen.
Eintritt frei!

Sonntag, den 16. Juni 1929
**Reichs-
Arbeiterporttag**
verbunden mit dem
**Bezirksfest der Kraftsportler
auf dem Stadion in Hermsdorf**
Program:
Sonnabend, 16 Uhr: Leichtathletik der Schüler in allen Sparten
Sonntag früh: Weiden
7 Uhr: Beginn der Leichtathletik der Senioren
8 Uhr: Abwiegen der Konkurrenten
9 Uhr: Beginn der Kämpfe: Sehen u. Ringen
10 7 Uhr: Fußballspiele
12 Uhr: Mittagpause
13 Uhr: Antreten zum Festzuge in Westend
Nachher: Fortsetzung der Kämpfe: Sehen, Ringen, Bogens, Stossettenläufe, turnerische Vorführungen, Reigen der Radfahrer, Hand- und Fußballspiele.
Eintritt für Erwachsene 30 Pf., Kinder in Begleitung frei, sonst 10 Pf.
Um zahlreichen Besuch bittet
Der Festausich

Schauspielhaus
Operettenbühne Tel. 56300
Täglich 20 Uhr
**Gastspiel
des Kammerjägers
Serge Abranovic
Friederike**

**Sie verdienen
täglich
10 Mark
mit Schnurknäuel**
Nur persönl. kommen
Reste
in Serge, Mittel, Leinwand, Acemellier, Rohhaar, Garn, Knöpfe, Kerseiche, Erdal alles sehr billig prima Ware
**Detail und Engros
Berth. Lippert**
Breslau
Fehrlischstraße 18
Hilfstr. 17
Weißbergergasse 43

**Ämtliche Bekanntmachung
von Weißstein**
Die Auszahlung der Sozial- u. Kleinrentnerunterstützung erfolgt für die Stammgemeinde Weißstein sowie für den Ortsteil Neu-Salzdamm am
Donnerstag, dem 12. Juni 1929
vormittags 9—11 Uhr
in der hiesigen Gemeindehauptstasse.
Weißstein, den 8. Juni 1929
Der Gemeindevorsteher
Sertwig

**Rechts- u.
Steuer-
Beratung**
Renten-, Straf-,
Ehesachen usw.
Rechtsauskünfte
Lohnsteuer-
Erstattungs-
anträge für 1928
werden sachgemäß
und billig erledigt
bei
Rudolf Dux
Waldenburg
Ring 2
(Eingang
am Zeitungsstand)

**Genossen! Berücksichtigt beim Einkauf von
Waren nur unsere Inserenten!**

Stadttheater Breslau
(Opernhaus)
Dienstag, 18.30 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie A 21
In vollständiger Neuinszenierung.
Der Ring des Nibelungen
2. Tag
Siegfried
Mittwoch, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie B 21
Der Nibelungen
Donnerstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie E 21
Der Siegfried

Grünberg

August Litke
Viele Bezugsquellen von Trauben- und
Beerenweinen, Spirituosen aller Art.
Rul 107 88454

Großes Lager reeller Schuhwaren
W. Jierut, Niederstraße 10/11
88372

Leinhausen, E. Herrmann
57 Berliner Straße 57
88361

Photo-Gasse / Breite Straße 15
Atelier Photo-Spezialgeräte
88468

Jng. W. Bielefeldt
Radiofachgeschäft :: Elektroartikel
Postplatz 16, gegenüb. „Grüner Kranz“
88466

O. Pose Nachf.
W. Zillmer
reinigt, färbt, wäscht.
88467 plüschert
28 Niederstr. 28

W. Grau
Damen-Konfektion
Aussteuer-Waren
Kleiderstoffe
Preiswert und gut!

F. Lieblich
Ring 10 88368
Stahlwaren
Rastmesser
Rasterklingen
Schleiferei

Roßschlächterei
Brose
Berliner Str. 76
Prima Fleisch-
u. Wurstwaren

Lederwaren
Spez. Geschn.
reichh. Auswahl
August Hinz
8 Berliner Str. 8

Sagan

Jda Seifert Nachf.
Keplerstr. 13 88531
Wollwaren, Wäsche
Kurzwar., Babyartik.
Preiswert-Plorte
Solinger Stahlwaren
Schleiferei 88528

Alois Hampel, Waldenburger Straße
Jnh. Ignaz Bender
empf. sämtl. Kolonial- u. Tabakwaren
88680

Fahrrad-Schulz
Friedländer Straße 18
Nähmaschinen / Sprechapparate
88708

W. Zillmer
reinigt, färbt, wäscht.
88467 plüschert
28 Niederstr. 28

Die Saganer
Zentral-Molkerei
empfiehlt sich ihrer wertigen Milch
88529

Landesgut (Schles)
Georg Hönne - Fogelsdorf 2
Feine Fleisch- und Wurstwaren
88704

Hirschberg - Cunnersdorf
Erich Haabe empfiehlt seine
ff. Fleisch- und Wurstwaren
88561

Hirschberg
E. Türke
Schießbahn-Str. 1
Wäsche
Bekleidung
88647 Teilzahlung

Petersdorf
Germann Lichter, Kolonialwarenhaus
Weine - Spirituosen - Küchengeräte
88641

Münsterberg
Trinkt einheimisches Bier
Stadtbrauerei Rirchner
88064

GUSTAV HAACKE
Damen- u. Herrenbekleidung
88682

Herrmann Hirschfeld
Textilwaren jeder Art
88649

Glogau
E. Lindner, Lange Str. 17
Brot- und Feinbäckerei
Spezialität: Kommissbrot
88481

Petersdorf
Germann Lichter, Kolonialwarenhaus
Weine - Spirituosen - Küchengeräte
88641

Münsterberg
Trinkt einheimisches Bier
Stadtbrauerei Rirchner
88064